

Wie wollen wir leben?

Rede von Benedikt Winzen auf der Bundeswahlkreiskonferenz am 8. 12. 2012

Bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr wird es um nicht mehr und nicht weniger als genau diese Frage gehen. Wie sieht unsere Gesellschaft zukünftig aus? Welche Werte bilden in Zukunft das Fundament unserer Gesellschaft? Wenn ich mir die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung anschau, fällt es mir schwer, hier auch nur irgendeinen Wert, irgendein beständiges Prinzip politischen Handelns zu erkennen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD steht seit nun mehr fast 150 Jahren für **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität**. Diese Werte müssen die Basis für unser Zusammenleben bilden, um so den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern. Aber genau diese Werte sind es, die von schwarz-gelber Politik mit Füßen getreten werden. Gerechtigkeit muss erkämpft werden, Gerechtigkeit muss politisch erstritten werden: in den Betrieben, in der Renten- und Krankenversicherung, in der Bildungs- und in der Sozialpolitik. Für die Generationen nach uns, für die Zukunft, liegt der Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft in den Kitas, den Klassenräumen, den Ausbildungsbetrieben und den Hörsälen. Reiche, ja Reiche können Bildung kaufen – wir aber kämpfen dafür, dass alle gleiche Zukunftschancen bekommen.

Das ist der Unterschied – und für diesen Unterschied will ich mit aller Leidenschaft eintreten!

Ich komme aus einer ganz normalen Familie der Mittelschicht: mein Vater ist Polizist, meine Mutter für die dt. Rentenversicherung tätig. Für meine Eltern war es nicht leicht, meinen beiden Geschwistern und mir ein Studium zu ermöglichen. Sie haben es trotzdem getan, auf sehr vieles verzichten müssen, wofür ich unendlich dankbar bin. Und ja, natürlich ist es richtig, dass sich Eltern für die Zukunft ihrer Kinder engagieren, aber sollten wir es ihnen hierbei nicht etwas leichter machen? Nur jeder 4. aus einer solchen „Nicht-Akademiker-Familie“ geht studieren. Demgegenüber sind es 75% aus „Akademiker-Familien“. Dabei kann es natürlich nicht darum gehen, ein Studium als das einzige Ziel auszugeben. Das würde dem Lebenslauf des Einzelnen und vor allem den großartigen Ausbildungsberufen, die wir in Deutschland haben, nicht gerecht. Aber jeder sollte die freie Wahl und alle Chancen haben, den Bildungsgrad, den Bildungsabschluss erreichen zu können, den er sich vornimmt.

Wir müssen endlich die Abhängigkeit von Bildungschancen und dem Geldbeutel der Eltern aufbrechen.

Aus den Gesprächen der letzten Woche ist mir in diesem Zusammenhang vor allem eine Aussage in Erinnerung geblieben, die die Situation sehr prägnant zusammenfasst: **Der Stellenwert, den Bildung im Allgemeinen und den unsere Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen an den verschiedenen Bildungseinrichtungen einnehmen, wird auch durch den Zustand der Gebäude und der Ausstattung sichtbar.** Wenn wir dann über undichte Decken in Kitas, Schimmel in Klassenräumen und überfüllte Hörsäle an den Hochschulen sprechen, wird der Stellenwert von Bildung für schwarz-gelbe Politik deutlich. Unser Ziel, liebe Genossinnen und Genossen, kann daher nur lauten, auf allen Ebenen die Rahmenbedingungen zu schaffen, die gleiche Bildungschancen für Alle ermöglichen. Hier ist dann auch der Bund in der Pflicht, die Träger solcher Einrichtungen mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Die SPD will nach der Regierungsübernahme 2013 mind. 3 Mrd. Euro in Kommunen und 10 Mrd. Euro in Bildung investieren.

Das wird auch höchste Zeit, müssen wir doch jeden Tag hautnah erleben, wie schlecht es um die finanzielle Lage unserer Kommunen bestellt ist. Es werden wichtige Einrichtungen geschlossen, es wird über die Schließung von Bürgerbüros diskutiert, Kita-Gebühren erhöht und Zuschüsse an Sportvereine und andere Organisationen gestrichen. Dabei müssen wir denen, die diese Politik des sozialen Kahlschlags betreiben, ins Gedächtnis rufen, dass hiermit auch die großartige Arbeit vieler Ehrenamtlicher, die in den verschiedensten Bereichen tätig sind, unterlaufen wird. Dabei übernehmen bspw. Sportvereine vielfältige Aufgaben, die an anderer Stelle nicht mehr wahrgenommen werden können.

Ich war viele Jahre als Trainer in einem Krefelder Ruderclub tätig – zu meinen schönsten Erfahrungen zählt hier die Arbeit mit einem Jugendlichen, der von Geburt an blind war. Es war und ist eine Freude, mit ansehen zu dürfen, wie Zusammenhalt unter Kindern und Jugendlichen gelebt wird. In Sportvereinen ist es schlichtweg egal, ob jemand eine Behinderung hat, wie reich die Eltern sind oder aus welchem Land ich stamme. Wir Sozialdemokraten wissen um die Bedeutung, die das Ehrenamt und die vielen Vereine und Organisationen für unsere Gesellschaft haben. Daher kann das Ziel hier nicht lauten, notwendige finanzielle Unterstützung zu streichen – im Gegenteil: hier muss mehr Geld in die Hand genommen werden, um diese herausragende Arbeit noch stärker zu fördern.

Ich habe zu Beginn von Werten, von Merkmalen und Prinzipien von politischem Handeln gesprochen. Auch nach meinen bisherigen Ausführungen, wen wird es überraschen, kann ich einen Wert schwarz-gelber Politik immer noch nicht erkennen. Und wenn es ein Merkmal schwarz-gelber Politik geben sollte, dann ist es die Beständigkeit, mit der Klientelpolitik betrieben wird, dann ist es die Beständigkeit, mit der Mittel aus wichtigen Projekten gestrichen wird und dann ist es die Beständigkeit, mit der unsinnige und überflüssige Maßnahmen umgesetzt werden.

Ich brauche hier nur an die Mövenpick-Steuer zu erinnern. Und wenn das Betreuungsgeld als bildungs- und familienpolitischer Erfolg gefeiert wird, dann bedeutet das einen völligen Verlust der schwarz-gelben Fraktion zur Wirklichkeit in Deutschland.

Frisch verheiratet, stellt sich natürlich auch für meine Frau und mich die Frage der weiteren Familienplanung. Wenn ich mir dann überlege, wie es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestellt ist, ist es zumindest nachvollziehbar, dass sich viele andere Paare erst spät oder gar nicht mehr für ein gemeinsames Kind entscheiden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen dafür kämpfen, die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu stärken. Unser Rentensystem ist darauf angewiesen, dass es eine ausreichend große Zahl von Einzahlern gibt, um das Rentenniveau halten zu können. Dabei kann die Solidarrente nur letztes Mittel sein, um Altersarmut zu verhindern. **Denn Altersarmut kann vor allem durch die Bekämpfung von Erwerbsarmut verhindert werden.** Ein flächendeckender **Mindestlohn** kann und darf da nur ein erster Schritt sein. Wir müssen dafür kämpfen, dass weniger **atypische Beschäftigungsverhältnisse** geschlossen werden, weniger **befristete Arbeitsverträge** und es auch im Alter möglich ist, **angemessen arbeiten** zu können. Denn nur so schaffen wir es, Armut im Alter zu verhindern und unser Rentensystem auch langfristig zu sichern.

Die Politik der sozialen Kälte der schwarz-gelben Bundesregierung hat unsere Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert und beschädigt. Die Folgen dieser Politik scheinen den politischen Protagonisten aus CDU, CSU und FDP aber völlig egal zu sein. So wird aus dieser

Richtung auch immer suggeriert, dass die Sozis ohne Grund die Steuern erhöhen wollen, eben nur, um die Besserverdienenden und Vermögenden stärker zu belasten.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dass dies fernab jeglicher Realität ist. Wir wollen mehr Geld in Bildung, Kommunen und Infrastruktur investieren. Zu Infrastruktur zählt neben dem Straßenbau natürlich auch die Schaffung von angemessenem Wohnraum für die verschiedenen Bedürfnisse. So existiert sowohl Mangel an altersgerechten, bezahlbaren Wohnungen als auch an Angeboten für Studenten, die an ihrem Hochschulstandort nach einer Unterkunft suchen.

Daher ist es nicht nur notwendig, sondern es ist unsere Pflicht als Sozialdemokraten, nicht immer nur über Kürzungen auf der Ausgabenseite zu diskutieren, sondern eine Verbesserung auf der Einnahmenseite zu bewirken. Hiermit meine ich nicht nur die stärkere Besteuerung von Spitzenverdienern und eine Vermögensabgabe. Denn um das Leistungsfähigkeitsprinzip aus unserer Verfassung erfüllen zu können, müssen wir dafür sorgen, dass die, die wirtschaftlich dazu in der Lage sind, ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls auch leisten. So sind manche steuerlichen Privilegien, die es vor allem den Spitzenverdienern ermöglichen, weniger Einkommenssteuer zu zahlen, auf den Prüfstand zu stellen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wie wollen wir leben? Diese Frage möchte ich mit Euch gemeinsam mit sozialdemokratischen Inhalten füllen. Und zwar gleichermaßen in Jüchen, Kaarst, Korschenbroich, Krefeld und Meerbusch. In der CDU werden sicherlich schon Wetten darüber abgeschlossen, mit welchem Vorsprung Ansgar Heveling den Wahlkreis gewinnen wird. Das frustriert uns nicht – im Gegenteil: lässt es uns als Ansporn nehmen, gemeinsam den konservativen Quotenjäger zu verhindern. Ich kann Euch nicht versprechen, dass wir den Wahlkreis direkt gewinnen werden, auch wenn dies mein erklärtes Ziel sein wird. Eines, liebe Genossinnen und Genossen, kann und werde ich Euch aber versprechen:

Wenn ich Euer Vertrauen erhalte, werde ich meine ganze Kraft, meine ganze Leidenschaft dafür einsetzen, mit Euch gemeinsam den Wahlkreis direkt zu gewinnen.

Denn nur das kann und nur das darf unser Anspruch sein.

Hierfür bitte ich um Eure Unterstützung und Euer Vertrauen.